

AKTUELL

SOZIALALMANACH

Deckmantel soziale Selektivität

David Angel

Die Caritas wirft der Regierung vor, nur ans Sparen zu denken, dabei aber die Reichen schützen zu wollen. Sie fordert den Erhalt des Sozialstaats.

„Rechnet man alle Armen und von Armut Bedrohten zusammen, ergibt das eine ganz schöne Masse. Wenn sich diese Masse einmal erheben würde, wäre das eine ganz schöne Gefahr für unsere soziale Kohäsion.“ Marie-Josée Jacobs, die (nicht mehr ganz) neue Präsidentin der Caritas, sieht dunkle Wolken über dem Luxemburger Horizont aufziehen. Anlässlich der Vorstellung des „Sozialalmanach 2014“, der dieses Jahr den Themenschwerpunkt „Recht auf Arbeit“ hat, zeichnete sie ein ziemlich düsteres Bild der aktuellen sozialen Lage in Luxemburg. Der Sozialalmanach wird seit nunmehr acht Jahren im Vorfeld der Rede zur Lage der Nation veröffentlicht und soll laut Jacobs „nicht nur eine Bestandsaufnahme, sondern auch Lösungsvorschläge“ bieten. Für Robert Urbé, den Sprecher der Caritas, hat sich seit Junckers letzter Rede zur Lage der Nation nicht viel geändert. „Die Aussagen Jean-Claude Junckers und die Aussagen der jetzigen Regierung ähneln sich“. Die neue Regierung hat für Urbé auch nach Ablauf der 100-Tage-Schonfrist „noch nicht viel Konkretes“ hervorgebracht. In der Regierungserklärung Xavier Bettels gab es zwar „einige positive Punkte“ zu Themen wie Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Kinderbetreuung, doch vor allem bei dem neuen Modewort „soziale Selektivität“, das seit Monaten in aller Munde zu sein scheint, ist nach Meinung Robert Urbés Vorsicht geboten: „Unter dem Deckmantel der sozialen Selektivität kann der Sozialstaat ausgehöhlt werden.“ Vor allem, wenn gleichzeitig in Bezug auf eine eventuelle Steuerreform „das Paradigma vorherrscht, dass man die Reichen schützen müsse, damit sie hier bleiben.“ Allgemein fürchtet die Caritas, dass „vor allem die Ärmsten der Gesellschaft“ unter eventuellen Reformen des Sozialstaats, wie der Erhöhung der Mehrwertsteuer oder einer Neustrukturierung des Kindergeldsystems, leiden werden. Attacken auf RMG-Empfänger und Arbeitslose weist Robert Urbé entschieden zurück und betont,

dass die Sozialhilfeempfänger in ihrer großen Mehrheit arbeiten oder arbeiten wollen.

Mythos „Mittelstandsbockel“

Im ersten Teil des Sozialalmanachs wird betont, dass 62 Prozent der RMG-Empfänger „einer ganz normalen Beschäftigung“ nachgehen, dabei aber so wenig verdienen, „dass sie noch auf eine ergänzende Zahlung des RMG angewiesen sind“. Auch gegen ständige Kritik am hohen Mindestlohn und am Index argumentiert die Caritas. „Dem kann man entgegen, dass trotz Krise immer weiter neue Arbeitsplätze in Luxemburg geschaffen werden, ein Indiz dafür ist, dass es mit der Wettbewerbsfähigkeit nicht so weit her sein kann“ erklärt Robert Urbé in „Rückblick auf das Sozialjahr 2013-2014“. In Bezug auf die Regierungserklärung Xavier Bettels vom zehnten Dezember 2013 kritisiert er vor allem die „Konzentrierung der Haushaltskonsolidierung auf Einsparungen und ein Ausschließen von Steuererhöhungen“. Wobei „Steuererhöhungen“ natürlich nicht die Herausforderung der Mehrwertsteuer meint, die für Urbé „so ziemlich die ungerechteste Steuer“ ist, da sie dem Staat zufolge für die unteren Einkommenskategorien eine Belastung von ungefähr fünf Prozent, für die höheren Einkommenskategorien jedoch nur von zwei Prozent darstellt. Die Caritas kann sich einen „Ausgleich für Bezieher niedriger Einkommen“ und die Einführung einer Steuer auf Luxusgüter vorstellen. Aufgeräumt wird mit dem Mythos des „Mittelstandsbockels“, dem zufolge die Mittelklassen verhältnismäßig am meisten Steuern zahlen und am wenigsten Sozialtransfers erhalten. Nathalie Georges und Robert Urbé vertreten die These, dass mit steigendem Lohn die Steuerbelastung relativ gleichmäßig ansteigt und die Sozialtransfers relativ gleichmäßig abnehmen. Allerdings beschränken sie sich bei ihrer Studie auf Löhne, die zwischen dem Mindestlohn und 7.000 Euro liegen.

SHORT NEWS

« Power ! Photos ! Freedom ! »

(lc) - En automne 2011, après la capture et l'exécution de Kadhafi dans sa ville natale de Syrte, la Libye est tombée dans le chaos après des mois de révoltes et de guerre civile. Dans les débris et les ruines de ce qui représentait le pouvoir absolutiste de l'ancien régime, des activistes de Human Rights Watch (HRW) cherchent frénétiquement les archives de Kadhafi, qui n'ont pas encore été détruites par les tenants de la dictature ou par les révoltés prêts à en découdre. Ce que Peter Bouckaert, directeur des opérations d'urgence de HRW, et ses compagnons retrouvent sont autant de témoignages sur comment le régime kadhafiste se voyait et sur comment il agissait. Avec l'exposition « Power ! Photos ! Freedom ! », le CNA expose un choix de ces documents photographiques en même temps que des oeuvres d'artistes contemporains qui questionnent le pouvoir de l'image dans les révoltes arabes. Dans ce cadre, le woxx - avec la radio 100,7 - vous propose son deuxième « Wierkstadgespräch » avec sa correspondante en Libye Maryline Dumas ainsi que Peter Bouckaert. Rendez-vous au Pomhouse, le 3 avril à 19 h 30.

Bist du Roma? Kannste gehen!

(avt) - Der ENAR Schattenbericht 2012/13, basierend auf 23 Schattenberichten von EU-Staaten und der Türkei, gibt Aufschluss über Diskriminierung von ethnischen Minderheiten in der EU. Die Zahlen zeigen, dass seit der Finanzkrise die Kluft zwischen ethnischen Minderheiten und der heimischen EU-Bevölkerung größer geworden ist. Als besonders vulnerable Gruppen nennt der Bericht Zuwanderer aus Nicht-EU-Staaten, Asylbewerber, Roma, Muslims und Menschen afrikanischer Herkunft sowie Frauen mit Migrationshintergrund. Sie haben geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, erfahren Diskriminierung und werden im Schnitt schlechter bezahlt. So ist in Österreich die Arbeitslosigkeit unter Ausländern doppelt so hoch wie unter der heimischen Bevölkerung. In Belgien und Finnland ist die Arbeitslosenrate bei Ausländern gar dreimal höher. In Ungarn geben 64 Prozent der befragten Ausländer an, schon mal Diskriminierung bei der Arbeitssuche erfahren zu haben. In keinem der EU-Staaten gibt es einen wirksamen rechtlichen Rahmen, um Diskriminierung vorzubeugen oder zu sanktionieren. Die Statistiken legen offen, dass gerade die reichsten Ländern, in denen Angstmache mit populistischen Diskurs(en) fruchtet, in einigen Jahrzehnten auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen sein werden, um ihr wirtschaftliches Wachstum zu halten. Der Bericht ist verfügbar über: www.enar-eu.org

woxx@home

Kino ja-ja! Kino nein-nein!

Oh was haben wir uns da nur ausgedacht? Dabei macht Putin uns gerade vor, wie man ein Referendum so gestaltet, dass dabei das herauskommt, was man von vorneherein bezweckt. Die woxx-Kinoumfrage, die noch bis Montag läuft (siehe www.woxx.lu), scheint nicht gerade dazu beizutragen, dass sich ein für alle tragbarer Kompromiss herauskristallisiert. Es gibt ein ähnlich starkes Feld der absoluten Programmbefürworter, wie es auch überzeugte Kinomuffel gibt. „Alles“ oder „nichts“ halten sich bislang die Waage. Dazwischen gibt es eine ähnlich starke Fraktion an pragmatisch denkenden „sowohl-als-auch“-LeserInnen, die sich eigentlich mit allem anfreunden können, aber vor allem Inhaltliches zum Kino in der woxx wiederfinden wollen. Alle zufriedenzustellen, wird also kaum möglich sein. Aber vielleicht können sich die extremen Standpunkte ja am 27.3. anlässlich der Diskussionsrunde einander annähern? Debattiert wird ab 18h45 - Waffen bitte zu Hause lassen!